

Themenschwerpunkt

Anil Al-Rebholz*

Zivilgesellschaft re-visited: Emanzipation oder Instrumentalisierung? Das neoliberal-autoritäre Regime der AKP in der Türkei

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0054>

Zusammenfassung: Der Aufsatz zeichnet die Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus während der sogenannten autoritären Wende in der Türkei nach, die seit 2011 zu beobachten ist und sich insbesondere nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 weiter verschärfte. In diesem Kontext werden zwei Felder näher betrachtet: Der „Frauen-Aktivismus“ und die sogenannte „Dezentralisierung“. Ersteres beinhaltet Themen wie anti-feministische Diskurse, regierungsfreundliche Frauen-NGOs, vergeschlechtlichte Wohlfahrtspolitiken und Versuche einer Restituierung der patriarchalen Ordnung unter der AKP-Regierung. Der Dezentralisierungstopos betrifft Themen wie das fragwürdige Demokratisierungspotenzial der kommunalen Selbstverwaltungen unter den AKP-Kadern, die regierungsfreundlichen islamisch-karitativen NGOs, das Großprojekt İstanbul-Kanal und die Schirmherrschaften und klientelistischen Politiken der städtischen Governance. Diese Beispiele zeigen, dass die Grenzen zivilgesellschaftlichen Engagements unter der AKP-Regierung neu zu vermessen sind. Im letzten Teil wird – in Anlehnung an die Subjektivierungsformen im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung nach Michael Hardt und Antonio Negri – der Frage nachgegangen, ob im Falle der Türkei aus einer hegemonietheoretischen Perspektive überhaupt noch von einem *prekären zivilgesellschaftlichen Konsens* gesprochen werden kann.

Abstract: The article traces the restrictions imposed on civil society activism during Turkey’s so-called authoritarian turn, which has been dated to 2011 and intensified after the failed coup attempt on July 15th 2016. In this context, the following analysis focuses on two areas: “women’s activism” and the “decentralization of political power”. The former includes issues such as anti-feminist political discourses, pro-government women’s NGOs, gendered welfare policies, and resto-

*Kontakt: Anil Al-Rebholz, İstanbul Gelişim University, İstanbul, Türkei,
E-Mail: anial@gelisim.edu.tr

rations of the patriarchal order under the AKP rule. The latter deals with themes such as the contested democratization potential of local government, charitable pro-government Islamic NGOs and the clientelist politics of urban governance. These two areas provide key examples of how the AKP Government draws limits to civil society engagement. Drawing on Michael Hardt's and Antonio Negri's models of subjectivation in the age of neoliberal globalization, the last section addresses the question as to whether, in line with theorizations of hegemony, we can still speak of a *precarious civil society consensus* for the case of contemporary Turkey.

1 Einleitung

Die zentrale Fragestellung meines Dissertationsvorhabens, das Ende der neunziger Jahre an der Frankfurter Universität angenommen wurde, ging von der Beobachtung aus, dass der Begriff der *Zivilgesellschaft* in der türkischen Öffentlichkeit nach dem Militärputsch von 1980 große Popularität gewann – sowohl bei verschiedensten Akteur*innen, Institutionen also auch bei sozialen Bewegungen. Ziel war es, zu verstehen, warum der Zivilgesellschaftsdiskurs eine solche Dynamik innerhalb der feministischen, der liberalen und der islamischen Bewegungen, unter Intellektuellen ebenso wie unter Akademiker*innen und Aktivist*innen entfalten konnte. Seit Mitte der 1980er bis Anfang der 2000er Jahre, also fast 20 Jahre lang, kam dem Begriff der Zivilgesellschaft in der akademischen und politischen Öffentlichkeit erhöhte Aufmerksamkeit zu. Dabei wurden v. a. Themen wie *Pluralismus*, *Toleranz*, *Vielstimmigkeit*, *Anerkennung von Differenz*, *Inklusion* und *Demokratisierung* verhandelt (Al-Rebholz 2012). Die Auseinandersetzung über Zivilgesellschaft wurde aber auch von anderen Diskursen begleitet, wie etwa dem des Neo-Osmanismus¹, des Zweiten Republikanismus², der Iden-

1 Der Neo-Osmanismus ist ein Diskurs und eine Ideologie, welche auch vor Erlangung der Regierungsmehrheit durch die AKP im Jahr 2002 öffentlich verhandelt wurde. Im Neo-Osmanismus wird eingefordert, dass die Multikulturalität und Religiosität der Türkei als solche vom (ehemals laizistischen) politischen System anerkannt werden. Dabei wird eine Kritik an der Distanzierung der republikanischen Staatsideologie von der Geschichte der Osmanischen Reichs explizit. Auf der kulturellen Ebene forciert der Neo-Osmanismus ein Wiedererwachen der Kultur und Traditionen, welche als typisch für die osmanische Gesellschaft betrachtet werden.

2 Der Zweite Republikanismus ist eine Ideologie, die in den 1990er Jahren unter anderem durch die liberalen Intellektuellen in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewann. Sie beinhaltet die Kritik an der zentralistischen und nicht-pluralistischen Struktur der Republik, die von Bürokratie und dem Militär dominiert, als undemokratisch und nicht volksorientiert betrachtet wurde.

titätskrise der türkischen Gesellschaft und der Kritik an der Republikanischen Staatsideologie³.

Damals kritisierte ich die Rezeption des normativ-liberal aufgeladenen Zivilgesellschaftsmodells in der türkischen Öffentlichkeit, wie sie im Westen im Rahmen postwohlfahrtstaatlicher Diskussionen entstanden war. Dem normativ-liberalen Modell liegt eine räumlich dichotome Auffassung von Zivilgesellschaft zugrunde: Einerseits als Sphäre autonomer, freier, demokratisierender, pluralistischer gesellschaftlicher Kräfte gegenüber dem Staat und andererseits als Sphäre autoritärer, zentralistischer, unterdrückender Kräfte. Zwar diene eine solche Zivilgesellschaftsauffassung der Betonung von Normen wie Pluralismus, Anerkennung von Differenzen und Toleranz als zu erreichendes, wünschenswertes gesellschaftliches Ziel, und somit der Korrektur des politischen Systems der Türkei – gleichzeitig verfügte diese Auffassung aber nur über eine geringe analytische Aussagekraft. Deshalb zog ich den gramscianischen Begriff von Zivilgesellschaft vor, der diese als einen integralen Bestandteil des Staates (ausgestattet mit Zwang und Konsens) versteht. Diesem Verständnis gemäß entsteht ein gesellschaftlicher hegemonialer Konsens aus politischen, kulturellen und ökonomischen Kämpfen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte und sozialer Gruppen (Al-Rebholz 2017).

Um die heutigen politischen Zustände in der Türkei zu verstehen, können die oben sehr kurz umrissenen Modelle (normativ vs. analytisch) nicht voneinander getrennt betrachtet werden, sondern müssen aufeinander bezogen werden (ebd.). Im Folgenden werde ich deshalb zunächst erläutern, worin die – in der Literatur häufig beschriebene – autoritäre Wende in der Türkei besteht, die Kommentator*innen spätestens nach dem Verfassungsreferendum vom 16. April 2017 verorten. Danach konzentriere ich mich auf zwei Fallbeispiele: Anhand des Beispiels des „Frauenaktivismus“ und der „Dezentralisierung“ zeige ich auf, wie die *autoritäre Wende* der türkischen Politik sich einschränkend auf zivilgesellschaftlichen Aktivismus auswirkt. Im Schlussteil erläutere ich meinen Vorschlag eines theoretischen Ansatzes. Angelehnt an Michael Hardts und Antonio Negris Modell der Subjektivierungsformen im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung gehe ich den Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivismus unter der neoliberal-autoritären Regierung der AKP nach.

³ Die Republikanische Staatsideologie (auch als *offizielle Ideologie* bezeichnet) ist im gleichen Zeitraum wie die o. g. Ideologien in der politischen Öffentlichkeit populär geworden. Sie beinhaltet die liberale Kritik an der zentralistischen republikanischen Staatsideologie mit ihrem Slogan „Unteilbarkeit des Landes mit einer Fahne, einer Heimat und einer Nation“. Gefordert wurde die Anerkennung eines Raums für die Entfaltung von Pluralität und Freiheit.

2 Zu den aktuellen politischen Zuständen in der Türkei

Die erste Regierungsperiode (2002 bis 2007) der AKP wird auch aufgrund EU-Aufnahmeverhandlungen, die 2005 begannen, zumeist positiv eingeschätzt – vor allem wegen der erhofften Demokratisierung, der Anpassung des gesetzlichen Systems an den *Acquis communautaire* und des erwarteten Zuwachses politischer Freiheiten (Tansel 2018, 202; Kirişçi/Sloat 2019, Alemdar 2014). Mit diesen Bewertungen waren auch Hoffnungen verknüpft, welche die Türkei – insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 – als Gegengewicht zu anti-islamistischen Tendenzen in der Weltpolitik und als Modell für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie in den Ländern des Nahen Ostens betrachteten (Somer 2019, Tansel 2018, 204). Hohe Wachstumsraten der türkischen Wirtschaft stützten dieses positive Bild zusätzlich (Somer 2019).

Heute wird der autoritäre Politikstil der Erdoğan-Regierung als solcher erkannt und Beobachter*innen dieser Entwicklung stellen fest, dass erste Signale sich bereits um 2011 abzeichneten (Cindoğlu/Ünal 2017: 40; Tansel 2018: 200). Spätestens die repressiven Reaktionen auf die Gezi-Park-Proteste im Sommer 2013 hätten dem sogenannten „Westen“ deutlich vor Augen führen müssen, dass sich die türkische Politik vom erhofften Pfad der Demokratisierung zu entfernen begann (Nisbet 2016; Kirişçi/Sloat 2019; Somer 2019). Nach dem gescheiterten Putschversuch in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 hat sich die Situation nochmals dramatisch verschärft (Yılmaz/Turner 2019; Kirişçi/Sloat 2019; Castaldo 2018; Nisbet 2016). Diese Abkehr von der Demokratie wird auch im Kontext der globalen Krise der Demokratie betrachtet (Tansel 2018; Somer 2019). Die bislang vorherrschende Periodisierung der AKP-Regierung (2002 – 2007: erfolgreicher Demokratisierungsprozess; 2007 – 2011: Periode des Übergangs; nach 2011: Abkehr von der Demokratie) wird in jüngeren Arbeiten infrage gestellt (Bilgiç 2018, Tansel 2018, Yeşil 2018). Diese Kritik geht mit der These einher, wonach die Spuren des heutigen autoritären Regimes schon frühzeitig zu beobachten gewesen wären. Dabei wird beispielsweise argumentiert, dass die ökonomischen, kulturellen und ideologischen Praktiken der AKP bereits früh ihren disziplinierenden Charakter offenbart hätten (Tansel 2018: 206 f.). Konsens besteht darüber, dass in der aktuellen Situation von einem autoritären Charakter des Regimes gesprochen werden kann. Dabei wird die Phase nach 2011/2013 mit Etiketten versehen, die so verschiedene Konzepte umfassen wie „kompetitiv“, „hybrid“, „wahlbasiert“, „neoliberal-autoritär“ oder „gelenkte Demokratie“ (ebd.: 198).

Mit Hinblick auf die Meinungs- und Pressefreiheit hat die Türkei trotz ihrer beachtlichen oppositionellen Kultur und Tradition (Al-Rebholz 2012) noch nie

eine beeindruckende Bilanz aufweisen können. Der Grund hierfür liegt in dem Umstand, dass in Zeiten vermeintlicher Gefahr für die Einheit des Landes die Meinungs- und Pressefreiheit stets das Erste waren, was infrage gestellt wurde (Alemdar 2014: 583). So wird heute seitens der Regierung kein Versuch ausgelassen, jegliche oppositionelle Stimme und kritische Haltung in den Medien und von Journalist*innen zum Schweigen zu bringen (Yeşil 2018). Im Jahr 2012 wurde die Türkei von „Reporter ohne Grenzen“ (ROG, RSF) als das „größte Gefängnis für Journalisten“ bezeichnet (ebd.: 568). Heute nimmt die Türkei auf einer Rangliste der Pressefreiheit den unrühmlichen 157. Platz unter 180 Staaten ein.⁴ Als die AKP im Jahr 2002 an die Regierung kam, lag die Türkei noch auf Platz 99; im Jahr 2010 bereits auf dem 138. Platz.⁵ Nach einem aktuellen Bericht der türkischen Journalist*innengewerkschaft (Türkiye Gazeteciler Sendikası, TGS) befinden sich noch immer 85 Journalist*innen in Haft.⁶ Einem Bericht des „Netztes der unabhängigen Kommunikation“(BİA-Net) zufolge standen für den Zeitraum von Januar bis März 2020 insgesamt 121 Journalist*innen vor Gericht, die in Summe zu 1.501 Jahren und 8 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt wurden (allein sieben Journalist*innen müssen umgerechnet eine Geldstrafe von über 200.000 Euro entrichten). Während der SARS-CoV-2-Krise im Frühjahr 2020 kamen bereits 12 Journalist*innen in Untersuchungshaft, was damit begründet wurde, dass ihre Berichte die Bevölkerung angeblich zu Panik und Angst anstifteten. Eine neue Unterdrückungstaktik der Regierungspartei zielt auf das temporäre Verbot von Werbeeinnahmen oppositioneller Zeitungen ab. Zwei Tageszeitungen – *Birgün* und *Evrensel* – wurden alleine dieses Jahr bereits 49 Tage lang auf diese Weise sanktioniert (Önderoğlu/Aydınöğlu/Aydınlı 2020). Auch Online-Portale wie YouTube, Twitter, Facebook und Wikipedia und ihre Nutzer*innen sind von oppressiven Maßnahmen betroffen. Wikipedia zum Beispiel, dessen Domain zwölf Tage nach dem Verfassungsreferendum vom 17. April 2017 gesperrt wurde, ist erst im Januar dieses Jahres wieder freigeschaltet worden (ebd.).

Während der COVID-19-Pandemie wurden im Frühjahr dieses Jahres nicht nur Journalist*innen, sondern auch Berufsverbände wie die Ärzt*innenkammer, die Rechtsanwält*innenkammer oder die Architekt*innen- und Ingenieur*innenkammer zu Zielscheiben der Regierung, sobald diese sich z. B. gegen die eingeleiteten Corona-Maßnahmen wandten. So kritisierte die in Ankara ansässige Rechts-

4 Dünya Basın Özgürlüğü Raporu: Paradise Papers'ı haberleştiren gazeteciye yargılayan tek ülke Türkiye. 18. April 2019, www.bbc.com/turkce.

5 Sınır Tanımayan Gazeteciler: Türkiye basın özgürlüğünde 180 ülkede 157'nciliğe geriledi. 25. April 2018, www.bbc.com/turkce.

6 TGS Basın Özgürlüğü Raporu (2019–2020). 2. Mai 2020, <https://tgs.org.tr>.

anwält*innenkammer die Aussage des Präsidenten des Präsidiums des Amtes für Religiöse Angelegenheiten (Diyamet İşleri), Ali Erbaş, wonach „Homosexualität und Ehebruch die Krankheiten mit sich bringe“ (Öztürk 2020). Auf diese Kritik hin äußerte sich der Staatspräsident Tayyip Erdoğan: „Wenn es eine Institution gäbe, die sich zum Islam in unserem Land äußern kann, dann ist das das Präsidium des Amtes für religiöse Angelegenheiten. Die Erklärung der Rechtsanwaltskammer ist eine direkte Attacke auf den Islam und die Attacke auf das Präsidium gilt als eine Attacke auf den Staat. Alle müssen maßhalten.“ (ebd.) Den Berufsverbänden werden jetzt von der Regierung Veränderungen angedroht, die darauf abzielen, dass Gruppen innerhalb der Kammern um die Präsidentschaft der Kammer konkurrieren müssen. Dadurch sollen die Kammern gespalten und einheitliche öffentliche Stellungnahmen unterbunden werden.⁷

3 Grenzen emanzipatorischer Frauenpolitik in der neoliberal-konservativen Geschlechterordnung und im biopolitischen Diskurs der AKP

Auch die sich als emanzipatorisch verstehende feministische Bewegung erfährt drastische Einschränkungen. Folgende Aspekte sollen hier näher betrachtet werden: institutionelle Reformen, die konservative Familienpolitik der AKP, der biopolitische Diskurs der AKP (im Rahmen dessen reproduktive Rechte von Frauen reguliert werden), frauenpolitischer Aktivismus und die zunehmende Gewalt gegenüber Frauen.

Auch hier ist die Einteilung der AKP-Herrschaft in Regierungsphasen (Phase der Demokratisierung, Phase des Übergangs und Phase der Abkehr von der Demokratie) hilfreich. In der ersten Phase waren gesetzliche und institutionelle Reformen zu beobachten, die Geschlechtergleichheit zum Ziel hatten: Zum Beispiel sieht das im Jahr 2004 revidierte türkische Strafgesetz lebenslängliche Haftstrafen für Ehrenmorde, verlängerte Haftstrafen für Polygamie ebenso wie für nicht angemeldete religiöse Eheschließungen vor (Parmaksız 2016). Diese Änderungen sind vor allem ein Resultat der langjährigen Vorarbeit von Frauen-NGOs und deren Zusammenarbeit mit der Regierung (Al-Rebholz 2010). Auch im Gesetz zur Arbeit und sozialen Sicherheit aus dem Jahr 2003 sind Reformen im Sinne der Geschlechtergleichheit vorgesehen, wie gleiche Bezahlung, arbeitsrechtliche

⁷ Erdoğan'dan 'baro ve tabip odası yapılarını değiştirme' mesajı. 5. Mai 2020, www.birgun.net.

Gleichbehandlung, Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung und gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz sowie eine Angleichung der Rentenansprüche. Mit der Unterzeichnung der CEDAW (Frauenrechtskonvention der UN) implementierte die türkische nationale Gesetzgebung zunehmend internationale Standards (Kandiyoti 2016: 112).

Heute jedoch lässt sich die Geschlechterpolitik der AKP am besten als „neoliberale Governance“ beschreiben, „die sich auf konservativ-islamische Referenzen und aggressiv-patriarchale Diskurse stützt“ (Coşar/Yeğenoğlu 2011; Kandiyoti 2016). Ein zentraler institutioneller Einschnitt betraf das *Generaldirektorat für die Stellung und Angelegenheiten von Frauen*, das im Jahr 1991 im Zuge der Unterzeichnung der CEDAW als nationale Einrichtung für Geschlechtergleichheit gegründet worden war. Dieses Direktorat wurde im Jahr 2011 abgeschafft und sein Tätigkeitsfeld dem *Ministerium für Familie und Sozialpolitik* untergeordnet. Seither wird Gleichstellung nicht mehr eigenständig, sondern gemeinsam mit dem Schutz von Kindern, sowie behinderten und älteren Menschen behandelt. Diesem Zusammenschluss liegt ein konservativ-religiöses Verständnis vom Schutz der Familie zugrunde. Frauen gelten in dieser Perspektive nicht als Bürger*innen mit vollen Rechten, sondern als Schutzbedürftige (Kandiyoti 2016: 107). Dies ist eng mit der konservativen Familienpolitik und den *vergeschlechtlichten Wohlfahrtspraktiken* der AKP-Regierung verbunden.



Mehrheit entscheidet

Die Türkei ließe sich im Rahmen gängiger Typologien als südeuropäisches Wohlfahrtsmodell einordnen, in dem Solidarität und Wohltätigkeitsnetzwerke wie Familie, Nachbarschaften und Gemeinschaften zusammen mit NGOs eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von Wohlfahrtsdiensten einnehmen – hier greift der Staat kaum umverteilend ein (Cindoğlu/Ünal 2017, Şentürk 2014, Buğra/Candan 2011, Buğra/Keyder 2006). In diesem Modell zieht sich der Staat aus allen sozialstaatlichen Aufgaben zurück, staatliche Institutionen werden liberalisiert und privatisiert, staatliche Dienstleistungen werden auf NGOs oder in den privaten Sektor ausgelagert – dabei wird die Familie zur zentralen gesellschaftlichen Akteur*in (Buğra/Keyder 2006). Das hat zur Folge, dass Frauen die Defizite des neoliberalen freien Marktwirtschaftsmodells auffangen. In einem solchen Modell müssen Frauen aber nicht nur unbezahlt ein Gros der Fürsorgearbeit leisten. Zusätzlich sind ihre Beschäftigungsquoten besonders niedrig, während Frauen, die einen Beruf ausüben, häufig im informellen Sektor des Arbeitsmarkts tätig sind. Dies hat wiederum zur Folge, dass sie nur über ihre Väter oder über ihre formell beschäftigten Ehemänner Zugang zum sozialen Sicherungssystem erhalten (Buğra/Keyder 2006). Dieses vergeschlechtlichte Wohlfahrtssystem macht Frauen als Schwester oder Tochter von ihren Familien oder als Ehefrau und Mutter von ihren Ehemännern abhängig und setzt sie sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Sphäre patriarchalen Dynamiken aus (Cindoğlu/Ünal 2017: 45).

Die neoliberale Politik der AKP-Regierung und das eingeschränkte Wohlfahrtssystem, dessen Hauptsäule die Familie ist, schreibt Frauen vorwiegend die Rolle der Mutter, der Ehefrau und der Sorgenden für Kinder, Ältere und behinderte Familienmitglieder zu (ebd.; Kandiyoti 2016). Diese konservative Vorstellung einer zentrale Stellung der Familie im neoliberalen Staat führt das Parteiprogramm der AKP explizit aus: „Wenn die türkische Gesellschaft immer noch intakt ist, nachdem sie solche ernsthaften Probleme durchlebt hat, verdanken wir das der starken Familienstruktur.“ (zit. nach Buğra/Candan 2011). Die Familie und die Regulierung weiblicher Körperlichkeit ist zentraler Bestandteil der demographischen Politik der AKP. Die reproduktiven Rechte der Frau unterstehen dem biopolitischen Diktum der Regierungspartei, die eine wachsende junge Bevölkerung als Bedingung für ein starkes Land mit wirtschaftlichem Erfolg betrachtet. Dabei werden die unübersehbaren Widersprüche zwischen der Forderung der Regierung, wonach Familien drei bis vier Kinder haben sollten, und einer neoliberalen Ethik, welche das Individuum für dessen materiellen Erfolg selbst verantwortlich macht, durch die Bezugnahmen auf islamische Motive (bspw. „Kinder als göttliches Geschenk“) überlagert (Cindoğlu/Ünal 2017). Die Biopolitik der AKP zielt auch auf die unverheiratete junge Männer und Frauen sowie Universitätsstudierende ab: Sie werden sowohl durch finanzielle Anreize wie Mitgiftversprechen, durch diskursive Praktiken, welche die Bedeutung des familiären Lebens

betonen, als auch mit dem Versprechen umworben, dass ihre Bildungsschulden getilgt würden, wenn sie jung heiraten (ebd.).

Diese liberal-konservative Familienpolitik, die eine Auslagerung der Wohlfahrtsumverteilung auf karitative NGOs forciert, bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den frauenpolitischen Aktivismus: Unzählige regierungsfreundliche Frauen-NGOs, die sich z. B. unter der türkischen Familienplattform (TUYAP) vereinigen, durchdringen die Zivilgesellschaft und erhalten eine Mehrheit der Fördermittel, während feministische NGOs marginalisiert werden (Kandiyoti 2016: 107). Dabei werden nicht nur Frauen der islamischen Elite, sondern auch Frauen der Unterschichten umworben – dies ist besonders auffällig vor Wahlen. Ein solches Vorgehen wurde v. a. auch von den kommunalen Verwaltungen finanziert, wo entsprechend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen und wo bis zu der Kommunalwahl am 31. März 2019 die AKP dominierte (ebd. 108).

Trotz Marginalisierung und Finanzierungsproblemen entstehen neue feministische NGOs – einerseits stellen sie eine Antwort auf die Regierungspolitik dar, andererseits eine Reaktion auf die während der AKP-Regierungszeit drastisch gestiegene Zahl von Gewalt- und Morddelikten gegenüber Frauen. Nach den Statistiken der im Jahr 2010 gegründeten „Wächterplattform für die Beendigung von Frauenmorden“ sind zwischen 2008 und 2012 insgesamt 700 Frauen ermordet worden – in den letzten fünf Jahren (2015–2019) stieg diese Zahl hingegen sprunghaft auf 1.954 an.⁸ Überhaupt ist die öffentliche und private Gewalt gegenüber Frauen und die Überwachung weiblicher Sexualität ein fester Bestandteil des Alltags geworden. Regelmäßige Aussagen höchster politischer Amtsträger illustrieren dies: Der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arınç konstatierte beispielsweise noch während seiner Amtszeit, „dass Frauen in der Öffentlichkeit nicht laut lachen dürfen“ oder dass „schwängere Frauen in der Öffentlichkeit sexuelle Erregung erzeugen“. Ähnlich klingt auch das Angebot des ehemaligen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu an heiratswillige junge Männer, der in seiner Funktion als Regierungschef sagte: „Für den Fall, dass ihre eigenen Familien keine Heiratspartnerinnen finden sollten, würde die Regierung diese finden“. Dabei handelt es sich nur um wenige ausgewählte Beispiele dafür, wie die Regierung die weibliche Sexualität aber auch das Privatleben ihrer Bürger*innen in Einklang mit ihren biopolitischen Zielen unter Kontrolle bringen möchte (Cindoğlu/Ünal 2017: 40).

Diese frauenfeindliche Haltung der AKP-Regierung stützt sich auf einen konservativ-autoritären Neoliberalismus mit islamischen Referenzen und bringt mit

⁸ Kadın Cinayetlerini Durduracagız Platformu, Veriler. 2. Mai 2020, <http://kadincinayetleriniurduracagiz.net>.

sich, was Wissenschaftler*innen als „Normalisierung der Frauenfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs“ und „Normalisierung der Gewalt gegenüber Frauen“ bezeichnen (Cindoğlu/Ünal 2017; Kandiyoti 2016). Bei genauerer Betrachtung steht hinter den sogenannten Ehrenmorden nicht der angebliche Betrug der Ehefrau, der Freundin, der Tochter oder der Schwester, sondern ein verzweifelter Versuch der Männer, den Körper und das Verhalten der Frauen zu kontrollieren. Es geht darum, Frauen in die Schranken zu weisen, wenn diese z. B. Make-Up tragen, ins Kino gehen oder mit einem Mann befreundet sein möchten, obwohl ihr Vater oder ihre männlichen Verwandten damit nicht einverstanden sind (Kandiyoti 2016). Die Normalisierung der Gewalt gegenüber Frauen kann damit nicht einfach als Symptom der bereits existierenden patriarchalen Geschlechterordnung oder der Wiederkehr des Traditionalismus betrachtet werden, sondern als deren Untergang. Die Unterordnung der Frauen kann nicht mehr durch einen hegemonialen Konsens, sondern nur noch mit offener Gewalt gewährleistet werden, so die Analyse von Deniz Kandiyoti. Deshalb muss eher von einer *Krise der Geschlechterordnung* und der darauffolgenden *maskulinen Restituierung* gesprochen werden (Kandiyoti 2016: 108 ff.).

4 Dezentralisierung als Hebel zur Festigung der Regierungsmacht der AKP

Einer jener legitimierenden Diskurse, der den Weg für die AKP als „islamische“ Partei an die Macht ebnete, war die Kritik am autoritär-zentralistischen, republikanischen Modernisierungsprojekt der kemalistischen Elite. Aus dieser Kritik heraus wurde der Appell für eine Dezentralisierung von Entscheidungsmechanismen und der daraus folgenden Verlagerung ausgewählter Kompetenzen an die kommunalen Selbstverwaltungen formuliert. Ein solches Vorgehen fand auch die Unterstützung der liberalen Intellektuellen. Der *neo-osmanischen* Gesellschaftssehnsucht der AKP entsprechend wurde der Identitätsdiskurs und der Dezentralisierungsdiskurs auch durch einen normativ-liberalen Zivilgesellschaftsdiskurs legitimiert, der die alte islamische Stiftungstradition und die religiösen Sekten als Teil der zivilgesellschaftlichen Sphäre sieht und diese deshalb wiederbeleben wollte (Al-Rebholz 2012: 133 ff.).

In der Regel wird angenommen, dass der Transfer von Kompetenzen von der Zentralregierung auf lokale Entscheidungsträger*innen als Zeichen für Demokratisierung, für mehr Mitwirkung und Entscheidungsmacht von Bürger*innen und lokalen Akteur*innen angesehen werden kann. Durch die Dezentralisierung soll eine erhöhte Motivation der lokalen Eliten und Entscheidungsträger*innen,

eine effektivere Koordinierung unter den lokalen Akteur*innen, eine höhere Rechenschaftsfähigkeit der Regierung dank der lokalen Partizipation und eine höhere Empfänglichkeit für die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung erzielt werden (Hall/Midgley 2004). Gleichzeitig wird in der Literatur auf die möglichen Gefahren der Dezentralisierung hingewiesen: Ohne einen effizienten Mechanismus der Rechenschaftspflicht kann Dezentralisierung zu einem *scheinwahren* Mittel einer *autoritären, neo-populistischen* Regierung werden. Damit läuft die Dezentralisierung Gefahr, anstatt mehr Partizipation der lokalen Bevölkerung zu ermöglichen, diese entweder durch Zwang oder durch klientelistische Politik zum Spielball der lokalen Machtelite zu machen (ebd.). Wie also ist die „Dezentralisierung als Demokratisierung“ in der jüngeren Geschichte der Türkei verlaufen?

Als die AKP im Jahr 2002 mit ihrem Gründer Recep Tayyip Erdoğan, der selbst von 1994 bis 1998 Bürgermeister von İstanbul war, an die Macht kam, erließ die Regierung in den Jahren 2004 und 2005 eine Reihe von Gesetzen zu Kommunalbehörden und -verwaltungen (Bartu/Kolluoğlu 2008: 13; Eder 2009: 178). Diese Gesetze haben die Befugnisse der zentralen Stadtverwaltungen, die ohnehin schon mit viel Macht ausgestattet waren, erweitert – einschließlich der vollen Befugnis über *städtische Transformationsprojekte* (Gentrifizierungsprozesse) und Stadträume zu entscheiden. Gleichzeitig wurde der Weg dafür geebnet, dass Großstadtverwaltungen bei der Realisierung von Projekten mit privaten Firmen zusammenarbeiten können (ebd.).

Die Kooperation mit dem Privatsektor und mit NGOs ist ohnehin eine häufig zu beobachtende Tendenz in Ländern mit einem schwächeren Staat – und dies insbesondere im neoliberalen Zeitalter (Hall/Midgley 2004). Während der AKP-Regierungszeit ist diese Zusammenarbeit in einer Art und Weise weiterentwickelt worden, die die Grenzen zwischen Partei, kommunalen Verwaltungen, Zentralregierung, karitativen NGOs und Unternehmen mehr und mehr verwischten (Buğra/Candaş 2011). Im Einklang mit der oben bereits erwähnten islamischen Stiftungstradition aus osmanischer Zeit wurden religiös motivierte Dachverbände wie der TGVT (Türkischer Verein für freiwillige Organisationen), in dem über 100 NGOs mit islamischen Bezügen vereint sind, zu aktiven Akteur*innen im *gemischten Wohlfahrtsmodell* (ebd.: 522; Özden/Bekmen 2015: 92).

Auch kommunale Entscheidungsorgane wurden mit neuen Kompetenzen und Befugnissen, sowie Bürgermeister*innen aus dem AKP-Kader ausgestattet. Sie kooperieren mit privaten Unternehmen und religiösen NGOs bei der Umverteilung von Sachleistungen wie Kohlelieferungen, der Lebensmittelversorgung, von Suppenküchen, dem Aufbau von riesigen Zelten zum abendlichen Fastenbrechen während des Ramadan usw. – das alles sind Aktivitäten, die insbesondere vor bevorstehenden Wahlen intensiviert werden (Eder 2009, Buğra/Candaş

2011, Kandiyoti 2016). Während sich einerseits der Staat aus den materiellen Verbindlichkeiten zurückzieht, nimmt andererseits im gemischten Wohlfahrtregime die Reichweite und der Einfluss der AKP Regierung auf die kommunale Ebene zu, da diese mit islamischen NGOs und dem Privatsektor zusammenarbeitet. Während diese Wohlfahrtspolitik auch viel Raum für *klientelistische Verhältnisse* und *Schirmherrschaften* lässt, kann die Zentralregierung sich zudem finanzielle Ressourcen verschaffen, ohne dass sie für Mittel der NGOs, Privatunternehmen oder der kommunalen Selbstverwaltungen einer Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament und internationalen Finanzinstituten unterliegt. Gleichzeitig kann auch die Gesellschaft durch populistische Politiken und Diskurse weiter durchdrungen werden (Eder 2009: 179 ff).

Dank der oben geschilderten Verhältnisse gewachsener Macht und Kompetenzen der kommunalen Verwaltungen ist der städtische Raum, insbesondere in Istanbul, unter dem Vorschein der Modernisierung heruntergekommener Stadtteile zu einer nahezu unerschöpflichen finanziellen Ressource geworden, zumal diese gentrifizierten Stadtteile hohe Renditen für Investoren abwerfen (Alonso 2015). So war einer der Gründe für die Gezi-Park-Proteste von 2013 mit Millionen an Beteiligten auch der Umstand, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung eine gentrifizierungsbedingte Verdrängung aus den Wohnvierteln nicht mehr hinnehmen wollte (Çelik 2015: 220 ff.). Es wurde gegen die ökonomischen Ungleichheiten und die aggressiven neoliberalen Urbanisierungspolitiken der AKP im städtischen Raum protestiert (Abbas/Yiğit 2015: 63 ff.). Die sogenannte Dezentralisierung wurde unter der AKP-Regierung auf der Diskurs- und der politischen Ebene als Demokratisierung geframt. Ihre Implementierung verdeutlicht jedoch, dass die Dezentralisierung lediglich als scheinwahrende Politik zu verstehen ist. Unter diesen Vorzeichen ist es auch höchst fraglich, wie städtische Governance – als Zeichen von Demokratisierung hochgelobt – von weit verbreiteter Korruption frei sein soll (Hall/Midgley 2004). Kritiker äußern heute offen, dass die AKP-Regierung das Land zusammen mit fünf nahestehenden Bauunternehmen regiert. Nach einem Bericht der Weltbank nimmt die Türkei hinsichtlich der Anzahl verwirklichter Bauprojekte zwischen 1990–2018 weltweit den sechsten Rang ein – dabei sind es fünf regierungsnah türkische Bauunternehmen (Limak, Cengiz, Kolin, Kalyon und MNG), welche die Mehrheit dieser Bauprojekte realisiert haben.⁹

Nachdem die AKP bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2019 das erste Mal seit 25 Jahren eine Wahlniederlage auf kommunaler Ebene einstecken musste,

⁹ AKP'nin 'mega projeci' beşli firması, en çok ihale alan şirket listesinde. 29. Dezember 2018, <https://artigercek.com/haberler/>.

scheint das Konzept der Dezentralisierung als vermeintliche Demokratisierung eine 180 Grad Wende genommen zu haben. Die AKP hat hier in allen drei Großstädten (İstanbul, Ankara und Izmir) gegen Kandidaten der oppositionellen Koalition verloren und in der Konsequenz einen neuen Gesetzesvorschlag für die kommunalen Selbstverwaltungen vorbereitet. Wenn dieses Gesetz wirksam werden sollte, könnte die Großstadtverwaltung durch den Gouverneur von İstanbul dazu gezwungen werden, dass etwa das Megaprojekt İstanbul-Kanal (ein Kanal parallel zum Bosphorus) verwirklicht wird. Und dies trotz zahlreicher Proteste zivilgesellschaftlicher Akteure und trotz des Einwands des İstanbuler Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu. Dieses Gesetz wird es dann ermöglichen, dass der Gouverneur (als Repräsentant der Zentralregierung) die Ressourcen, das Personal und schweres Baugerät der Metropole İstanbul für den Bau des İstanbul-Kanals nutzen kann (Şimşek 2020).

Bisher wurde gezeigt, wie die AKP die Dezentralisierung kommunaler Selbstverwaltungen – im Gegensatz zur Dezentralisierungs-Verheißung – als eine politische Strategie für die Durchdringung der Gesellschaft und zur Erweiterung ihrer Macht instrumentalisiert. Wie im Kapitel über Frauenaktivismus zuvor dargestellt wurde, wird auch diese Strategie durch das vergeschlechtlichte Wohlfahrtsystem und von einer aggressiven patriarchalen Ordnung begleitet. Die beiden hier beispielhaft näher beleuchteten Felder demonstrieren auch, wie das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft während der neoliberal-autoritären Regierung der AKP nochmals neu formiert wurde.

5 Autoritäre Neoliberalisierung und bürgerschaftliches Engagement

Um von einer funktionierenden Zivilgesellschaft sprechen zu können, setzt das normative Verständnis von Zivilgesellschaft folgende Minimal Kriterien voraus: eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit, die Pluralismus toleriert, ein intakter Rechtsstaat und eine freie Zivilgesellschaft. Darüber hinaus müssen die Voraussetzungen für die Existenz einer freien wie unabhängigen Zivilgesellschaft durch verschiedene politische, juristische und sozioökonomische Maßnahmen abgesichert sein (Al-Rehholz 2012: 67). Was wäre, wenn diese minimalen Voraussetzungen in der heutigen Türkei nicht mehr gegeben sind? Wie ist der aktuelle Zustand des zivilgesellschaftlichen Aktivismus und dessen Handlungsmöglichkeiten zu verstehen? Ich werde im Folgenden in Anlehnung an Michael Hardt und Antonio Negri, die in ihren Arbeiten unter anderem auf den foucaultschen und gramscianischen Ansatz zurückgreifen, einen theoretischen Rahmen skizzieren,

der helfen soll, die Grenzen und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Politik in der heutigen Türkei nachzuvollziehen (Bilgiç 2018).

Im Zeitalter des globalen Neoliberalismus identifizieren Hardt und Negri verschiedene Achsen, entlang derer vier Formen von Subjektkonstitution zu beobachten sind: Sie sprechen von den „Verschuldeten“, den „Verwahrten“, den „Vernetzten“ und den „Vertretenen“ (Hardt/Negri 2013). Wie können diese vier breiten Kategorien die aktuelle Situation der türkischen Politik greifbar machen?

Seitdem die AKP bei den allgemeinen Wahlen vom 7. Juni 2015 ihre parlamentarische Mehrheit verloren hat und die pro-kurdische HDP mit 13,1 Prozent in das Parlament eingezogen ist, befindet sich die Türkei in einem *Ausnahmestand*, der sich nach dem gescheiterten Putschversuch von 15./16. Juli 2016 verschärfte. In der Folge wurden „Bürger zu Informanten“ (Al-Rebholz 2017) oder – wie es Hardt und Negri ausdrücken – „zugleich Beobachter und Beobachtete oder Aufseher und Gefangene“ (Hardt/Negri 2013: 26). Die zunehmende Transformation zur Überwachungsgesellschaft ist unter anderem durch Einschränkungen der Meinungsfreiheit, der Überwachung von Posts auf den Social-Media-Kanälen (Facebook, Twitter) und gewalttätiger Polizeiiintervention bei öffentlichen Demonstrationen (z. B. zuletzt beim nächtlichen Frauen-Demonstrationszug in İstanbul anlässlich des 8. März 2020) gekennzeichnet.

Im neoliberalen Zeitalter, in dem „Leben Schulden machen bedeutet“, in dem „die Produktion nicht mehr auf individuellen, sondern auf gesellschaftlichen Arbeitsformen basiert,“ wird auch Verschuldung zum normalen Gesellschaftszustand (ebd.). Dies bestätigt einerseits die hohen Verschuldungsraten der türkischen Mittel- und der unteren Mittelschicht. Andererseits stellen die angekündigten Maßnahmen der Regierung im Kampf gegen das SARS-CoV-2-Virus ein aussagekräftiges Beispiel für das Verschuldungsparadigma dar: Im ersten Hilfspaket der Regierung wurden die Kreditschulden von Kleinunternehmen um drei Monate verlängert. Darüber hinaus wurde der Bevölkerung ermöglicht, zu „günstigen“ Zinskonditionen Kredite aufzunehmen; ferner ist der Eigenanteil für den Erwerb von Wohnungskrediten von 20 % auf 10 % reduziert worden. Von ca. 100 Billionen Türkische Lira (YTL) Hilfsleistungen wurden 2 Billionen YTL für bedürftige Familien reserviert; die restliche Summe soll der Unterstützung von Unternehmen zugutekommen.¹⁰

Bei der Dimension der Vernetzung geht es bei Hardt und Negri nicht um die Unterdrückung der Meinungsfreiheit der Bürger*innen durch das Blockieren von Internetseiten, Blogbeiträgen und Social-Media-Posts etc. Vielmehr ersticken die „Vernetzten“ unter einem „Zuviel an Information, Kommunikation und Mei-

¹⁰ Erdoğan'dan korona zirvesi sonrası açıklama. 18 März 2020, www.yenicaggazetesi.com.tr.

nungsäußerung“ (Hardt/Negri 2013: 21). Die Autoren unterscheiden zwischen der Qualität und der Quantität der Informationen und schlussfolgern, dass politisches Handeln und Befreiung nur das Resultat von qualitativ hochwertigen Informationen sein kann (ebd.). In der Türkei werden aber oppositionelle Medienanstalten (Radio- und TV-Sender sowie Zeitungsverlage) nicht nur geschlossen, sondern auch durch regierungsnahen Unternehmen übernommen. In der Konsequenz wurde die Verbreitung von Informationen über öffentliche Angelegenheiten monopolisiert, seitdem die heutige türkische Medienlandschaft von wenigen Pro-Regierungs-Unternehmen dominiert wird (Yeşil 2018, Kirişçi/Sloat 2019).

Bei der Vertreter-Dimension geht es um die Frage, ob die oft als alternativlos betrachtete repräsentative Demokratie (zusammen mit dem kapitalistischen System) eine „echte Demokratie“ ermögliche oder verhindere (Hardt/Negri 2013: 32)? Ist es nicht eher so, dass „Medien, Lobbyisten und kapitalistisch finanzierte Werbekampagnen dazu dienen, um der herrschenden politischen Klasse ihren Machterhalt zu sichern (ebd.)“? Wie wird trotz „Verschuldung“ und „Überwachung“ für die Unterstützung durch die Bevölkerung geworben? Eine der Hauptsäulen der autoritären Regierung der AKP besteht darin, dass die Politik längst von einem polarisierenden und ausschließenden populistischen Diskurs beherrscht wird, der die Bevölkerung in die „unseren“ und die „anderen“ unterteilt. Durchdrungen von islamischen Referenzen aber auch von *populistisch-nationalistischen* Tönen polarisiert dieser politische Diskurs und forciert eine Identitätspolitik, welche die „Vertretenen“ in das „konservativ-gläubige Uns“ gegen die „säkularen Verräter der Anderen“ aufteilt (Kirişçi/Sloat 2019). So übertüncht die Regierung die letzten Widersprüche zwischen *Verschuldung*, *Überwachung* und *Vernetzung* durch den populistisch-nationalistischen Diskurs, der mit islamischen Referenzen durchwoben ist. Die so „Vertretenen“ sind alle, die die oben beschriebenen Subjektivitäten „in sich vereinen und die Summe ihrer Unterdrückung verkörpern“ (Hardt/Negri 2013: 32).

Anhand dieser Erläuterungen möchte ich hier die These vertreten, dass die Bürger*innen in der Türkei heute unter derart ökonomischem Druck (Verschuldeten) stehen, politischer (Vertretenen), medialer (Vernetzten) und juristischer (Verwahrten) Gewalt ausgesetzt sind, dass die Bedingungen bürgerschaftlichen Engagements erheblich erschwert sind.

Schlußfolgerungen

Von einem hegemonietheoretischen Ansatz aus betrachtet war ich in meiner Doktorarbeit zur folgenden Schlussfolgerung gekommen: „Da keine dominante soziale Gruppe in der Türkei in der Lage ist, ein ideologisch konsistentes hegemoniales Projekt zu schaffen und dies länger als eine Dekade aufrechtzuerhalten, bleibt ein zentrales Merkmal des Versuchs, einen hegemonialen gesellschaftlichen Konsens in einer bestimmten historisch-gesellschaftlichen Konstellation in der Türkei zu realisieren, immer notwendigerweise *prekär*.“ (Al-Rebholz, 2012: 349 f.) Heute, gefangen im Dreieck von Autoritarismus, neoliberalen Kapitalismus und Populismus, ist es höchst fragwürdig, ob überhaupt noch von einem *fragilen* gesellschaftlichen Konsens in der Türkei gesprochen werden kann.

Michel Foucault hat aufgezeigt, dass das, was auf dem Weg zur Freiheit der Subjekte steht, und somit die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ausmacht, nicht die Übung der Macht-Techniken und der Machtverhältnisse ist. Denn um überhaupt von Machtverhältnissen sprechen zu können, erfordert dies auch die Freiheit seitens der Subjekte, die Realität anders verhandeln zu können. Die Freiheit der Subjekte wird von Herrschaftsverhältnissen behindert, die keinen Raum für Verhandlungen und Wahlmöglichkeiten lassen (Foucault 1982). In Anlehnung an die oben analysierten Felder des Frauenaktivismus, der sogenannten Dezentralisierung und der Subjektivitätsformen betrachte ich die Möglichkeiten für einen zivilgesellschaftlichen Aktivismus als sehr eingeschränkt – trotz des reichen Erbes gegenhegemonialer Bewegungen und Akteur*innen mit emanzipatorischem Anspruch (Al-Rebholz 2012). Unbeachtet der schwerwiegenden Einschränkungen für die Zivilgesellschaft sind einige Analytiker*innen immer noch optimistisch, auch teilweise wegen des Erbes der Gezi-Proteste von 2013 (Kandiyoti 2016, Somer 2019, Al-Rebholz 2013). Auch ich bin optimistisch, weil trotz einer der ambitioniertesten Ankündigungen der Regierungspartei, eine fromme Jugendgeneration zu schaffen, sich die heutige Jugend in der Türkei immer weniger auf ethnische, religiöse oder ideologische Identitäten¹¹ stützt, sondern sich mit einer Vielfalt von Subjektivitäten in einer transnationalisierten Welt identifiziert (Saktanber/Beşpınar 2012). Hinzu kommt: Diese „fromme Jugend“ stellte während der Gezi-Proteste die Freiheit über alles andere – sie wollte nicht nur gegen die eigene, sondern gegen *jegliche Unterdrückung aller Anderen* kämpfen (Çelik 2015: 226).

Anıl Al-Rebholz ist Associate Professor an der İstanbul Gelişim University, İstanbul, Kontakt: anial@gelisim.edu.tr.

¹¹ Religiousness among Youth Decreased in Turkey. 12. Dezember 2019, www.duvarenglish.com.

Literatur

- Abbas, Tahir/Yiğit, İsmail Hakkı* 2015: Scenes from Gezi Park: Localisation, Nationalism and Globalisation in Turkey. In: *City* 19 (1), 61–76.
- Alemdar, Zeynep* 2014: Modelling' for Democracy? Turkey's Historical Issues with Freedom of Speech. In: *Middle Eastern Studies*. 50 (4), 568–588.
- Alonso, Clara Rivas* 2015: Gezi Park – A Revindication of Public Space. In: David, Isabel/Toktamış, Kumru F. (Hg.): *Everywhere Taksim: Sowing the Seeds for a New Turkey at Gezi*. Amsterdam University Press, 231–248.
- Al-Rebholz, Anıl* 2017: Flüsternde Zivilgesellschaft in der Türkei. Zwischen Vertretung, Überwachung und sakraler Ekstase. In: *Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa* 3, 1–8.
- Al-Rebholz, Anıl* 2013: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Türkei – zum Wandel kultureller und diskursiver Praktiken. In: Rill, Bernd (Hrsg.): *Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?* Hanns Seidel Stiftung, 39–49.
- Al-Rebholz, Anıl* 2012: Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Transcript Verlag.
- Al-Rebholz, Anıl* 2010: Regieren der Geschlechterverhältnisse im Wandel: Transnationale Strategien der Frauenbewegungen in der Türkei. In: *Femina Politica* 2010/02, 74–87.
- Bilgiç, Ali* 2018: Reclaiming the National Will: Resilience of Turkish Authoritarian Neoliberalism after Gezi. In: *South European Society and Politics* 23 (2), 259–280.
- Buğra, Ayşe/Candaş, Ayşen* 2011: Change and Continuity under an Eclectic Social Security Regime: The Case of Turkey. In: *Middle Eastern Studies* 47, 515–528.
- Buğra, Ayşe/Keyder, Çağlar* 2006: The Turkish Welfare Regime in Transformation. In: *Journal of European Social Policy* 16(3), 211–228.
- Candan, Ayfer Bartu/Kolluoğlu, Biray* 2008: Emerging Spaces of Neoliberalism: A Gated Town and a Public Housing Project in İstanbul. In: *New Perspectives on Turkey* 39, 5–46.
- Castaldo, Antonino* 2018: Populism and Competitive Authoritarianism in Turkey. In: *Southeast European and Black Sea Studies* 18 (4), 467–487.
- Cindoğlu, Dilek/Ünal, Didem* 2017: Gender and Sexuality in the Authoritarian Discursive Strategies of 'New Turkey'. In: *European Journal of Women's Studies* 24 (1), 39–54.
- Coşar, Simten/Yeğenoğlu, Metin* 2011: New Grounds for Patriarchy in Turkey? Gender Policy in the Age of AKP. In: *South European Society and Politics* 16 (4), 555–573.
- Çelik, Emrah* 2015: Negotiating Religion at Gezi Park Protests. In: David, Isabel/Toktamış, Kumru F. (Hg.): *Everywhere Taksim: Sowing the Seeds for a New Turkey at Gezi*. Amsterdam University Press, 215–229.
- Eder, Mine* 2010: Retreating State? Political Economy of Welfare Regime Change in Turkey. In: *Middle East Law and Governance* 2, 152–184.
- Foucault, Michel* 1982: The Subject and Power. In: *Critical Inquiry* 8 (4), 777–795.
- Hall, Anthony/Midgley, James* 2004: *Social Policy for Development*. Sage.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio* 2013: *Demokratie! Wofür wir kämpfen*. Campus Verlag.
- Kandiyoti, Deniz* 2016: Locating the Politics of Gender: Patriarchy, Neoliberal Governance and Violence in Turkey. In: *Research and Policy on Turkey* 1 (2), 103–118.
- Kirişçi, Kemal/Sloat, Amanda* 2019: The Rise and Fall of Liberal Democracy in Turkey: Implications for the West. *Foreign Policy at Brookings*, <https://brookings.edu>.
- Nisbet, Eric C.* 2016: The Tragedy of Turkish Democracy in Five Acts. 26. Juli 2016, <https://theconversation.com>.

- Önderoğlu, Erol/İdil, Aydınöğlü/Sinem, Aydınlı* 2020: Gün Gün Üç Aylık Medya/İfade Özgürlüğü İhlalleri. 2. Mai, 2020, <http://bianet.org>
- Öztürk, Fundanur* 2020: Ali Erbaş: Diyanet İşleri Başkanı neden eleştirildi, Cumhurbaşkanı Erdoğan Erbaş'ı nasıl savundu? 27. April 2020, www.bbc.com.
- Özden, Barış Alp/Bekmen, Ahmet* 2015: Rebellious Against Neoliberal Populist Regimes. In: David, Isabel/Toktamış, Kumru F. (Hg.): Everywhere Taksim: Sowing the Seeds for a New Turkey at Gezi. Amsterdam University Press, 89–104.
- Parmaksız, Pınar Melis Yelsalı* 2016: Paternalism, Modernization, and the Gender Regime in Turkey. In: *Aspasia* 10 (1), 40–62.
- Saktanber, Ayşe/Beşpınar F. Umut* 2012: Youth. In: Heper, Metin/Sayari, Sabri (Hg.): The Routledge Handbook of Modern Turkey. Routledge, 271–281.
- Somer, Murat* 2019: Turkish Democracy is Still Alive. 19. Juni 2019, <https://foreignpolicy.com>.
- Şentürk, Murat* 2014: Social Welfare Practices of the State and NGOs in Turkey: New Trends and Necessities. In: *Turkish Journal of Sociology* 1 (3/28), 309–319.
- Şimşek, Hüseyin* 2020: İktidar 'mega proje'yi İBB'ye 'zorla' yaptırabilecek. 2. Februar 2020, www.birgun.net.
- Tansel, Cemal Burak* 2018: Authoritarian Neoliberalism and Democratic Backsliding in Turkey: Beyond the Narratives of Progress. In: *South European Society and Politics* 23 (2), 197–217.
- Yeşil, Bilge* 2018: Authoritarian Turn or Continuity? Governance of Media through Capture and Discipline in the AKP Era. In: *South European Society and Politics* 23 (2), 239–257.
- Yılmaz, Zafer/Turner, Bryan S.* 2019: Turkey's Deepening Authoritarianism and the Fall of Electoral Democracy. In: *British Journal of Middle Eastern Studies* 46 (5), 691–698.